Beschlussvorlage

nichtöffentlich öffentlich

Fachbereich/Sg.: 1.1	Az.:	Datum: 26.10.2020	Vorlage Nr. 20200218/1.1
-------------------------	------	----------------------	-----------------------------

Beratungsfolgen	TOP	Termin	Zuständigkeit	Abstimmung
Ausschuss für Weinbau, Landwirtschaft und Forsten	Ö	5	10.11.2020	Vorberatung

BETREFF

Nutzung von Wirtschaftswegen

Beschlussvorschlag:

Ergeht nach Beratung.

Bürgermeister/Dezernent/in:

Begründung:

Die Nutzung der Wirtschaftswegen ist in der „Satzung über die Benutzung der gemeindlichen Feld- und Waldwege der Stadt Bad Dürkheim vom 14. Dezember 2004“ geregelt. Diese Satzung ist als Anlage 1 zur Kenntnis beigefügt.

In den letzten Monaten gab es immer wieder Konfliktsituationen zwischen den Bewirtschaftern der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke und Radfahrern, Spaziergängern und auch unerlaubten Nutzern z.B. Pkw- oder Lkw-Verkehr. Hier kam es sogar zur Nutzung von Wirtschaftswegen als Abkürzung zwischen örtlichen Straßen.

Über den Rechtscharakter von Wirtschaftswegen verweisen wir auf die beigefügte Anlage 2; einer aktuellen Kommentierung aus der Praxis der Kommunalverwaltung von Ralf Bitterwolf (Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz).

In der gleichen Kommentierung wird auf die rechtliche Anwendbarkeit der Straßenverkehrsordnung auf nichtöffentliche Wirtschaftswegen eingegangen.

Dabei wird folgendes ausgeführt:

„Die Eigenschaft einer „öffentlichen“ Verkehrsfläche im Sinne des Straßenverkehrsrechts kommt neben den bereits straßenrechtlich öffentlichen Straßen (vgl. § 1 Abs. 2 bis 4 LStrG) auch denjenigen Verkehrsflächen zu, die nach dem Straßenrecht zwar zur Gruppe der Privatstraßen gehören, jedoch tatsächlich der Allgemeinheit zur Verfügung stehen (sog. „tatsächlich-öffentliche“ Straßen). Nach ständiger Rechtsprechung setzt dies voraus, dass die Verkehrsfläche entweder ausdrücklich oder mit stillschweigender Duldung des Verfügungsberechtigten für jedermann oder aber zumindest für eine allgemein bestimmte größere Personengruppe zur Benutzung zugelassen ist und auch so benutzt wird. Das ist bei Wegen, die einem landwirtschaftlichen Verkehr

offenstehen, anzunehmen (OVG RhPf, 6.10.2014 – 1 A 10855/13 – GV 2015/330).“

Zum Radfahren ist ausgeführt:

„Das Radfahren auf hierfür grundsätzlich geeigneten Wirtschaftswegen (vgl. § 26 Abs. 1 Satz 2 LNatschG) kann verkehrsrechtlich nur dann verboten werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der zu schützenden Rechtsgüter erheblich übersteigt (VGH München, 3.7.2015, 11 B 14.2809, juris). Ein Vorrang des land- oder forstwirtschaftlichen Verkehrs besteht nicht und kann auch weder durch verkehrsrechtliche Anordnung noch auf satzungsrechtlicher Grundlage begründet werden. Die in der kommunalen Praxis gelegentlich anzutreffende Auffassung, dass dem land- und forstwirtschaftlichen Verkehr davon abweichend immer dann ein durch straßenverkehrsrechtliche Anordnung abzusicherndes Vorrecht einzuräumen ist, wenn der Wirtschaftsweg durch Flächenabzug in der Flurbereinigung entstanden ist oder durch Wegebeiträge finanziert wird, ist abzulehnen, darauf fußende verkehrsrechtliche Anordnungen sind rechtswidrig. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Bedürfnisse des landwirtschaftlichen Verkehrs kommt auf Wirtschaftswegen dem Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme, § 1 Abs. 1 StVO, allerdings besondere Bedeutung zu.“

Seitens des Weinbauvereins Bad Dürkheim gibt es Vorschläge (Anlage 3) mit Piktogrammen Hinweise auf dem Boden aufzusprühen, die nicht landwirtschaftliche Benutzer zu mehr Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme sensibilisieren könnten.